

Migration ist eine Folge der Unterentwicklung

9 Feb. 2026 07:07 Uhr

Die weltweite Zahl der Migranten hat sich in den letzten 35 Jahren fast verdoppelt. Analysiert man genauer, kommt man an der Feststellung nicht vorbei, dass die Ursachen in der wachsenden Ungleichheit und der erzwungenen Unterentwicklung des Globalen Südens zu suchen sind.



Quelle: Gettyimages.ru © Gioia Forster/picture alliance

Auf dem Schrottplatz von Agbogboshie verbrennen Männer Kabel und andere Teile alter Elektrogeräte, um die Rohmetalle zu gewinnen und weiterzuverkaufen, 12. Juni 2018, Accra, Ghana.

Von Vijay Prashad

Im Jahr 2014 startete die Internationale Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen das Projekt "Missing Migrants". Das Projekt, das "die einzige frei zugängliche Datenbank mit Aufzeichnungen über Todesfälle während der Migration auf globaler Ebene" bereitstellt, [schätzt](#), dass seit 2014 mindestens 33.220 Migranten beim Überqueren des Mittelmeers ums Leben gekommen oder verschwunden sind.

Dies ist eine sehr konservative Schätzung. Die IOM räumt ein, dass sie nicht jedes Boot erfassen kann, das die nordafrikanische Küste verlässt, geschweige denn diejenigen, die nie in Europa ankommen.

Südlich des Mittelmeers liegt die Sahara, wo die Gefahren noch größer sind. Die IOM [schätzt](#), dass jedes Jahr mehr Menschen bei der Durchquerung der Sahara ums Leben kommen als beim Überqueren des Mittelmeers. Aber da diese Todesfälle weit entfernt von den Küsten Europas geschehen, finden sie weit weniger Beachtung.

Vor fast einem Jahrzehnt hörte ich während einer Reise durch die Region Überlebende der Überquerung erzählen, wie oft man auf halb im Sand vergrabene Leichen stößt und die Hilferufe der Zurückgebliebenen hört. Es ist an der Tagesordnung, dass ein oder zwei Migranten in einem Konvoi ums Leben kommen; einige fallen von der Ladefläche eines Lastwagens und werden zurückgelassen, andere werden von Schleusern erschossen.

Dieser Korridor wird von Menschen aus dem gesamten Kontinent genutzt.

Ich habe über die Menschen nachgedacht, die ich in der Sahara getroffen habe und die trotz aller Widrigkeiten mutige Reisen unternommen haben, um auf der Suche nach Arbeit nach Europa zu gelangen. Nur wenige von ihnen wollten nach Europa wegen des Reiseziels selbst. Ihr wirkliches Ziel war ein Lebensunterhalt, wo auch immer dieser zu finden sein mochte. Ihre Länder, die durch Krieg, Sanktionen und Plünderung destabilisiert sind, können keine Arbeitsplätze bieten, solange sie in neokolonialen Strukturen gefangen bleiben.

Die weltweite **Zahl** der Migranten hat sich von 154 Millionen im Jahr 1990 auf 304 Millionen im Jahr 2024 verdoppelt. Wenn all diese Migranten ein Land bilden würden, hätte es nach Indien, China und den USA die viertgrößte Bevölkerung der Welt.

Die Weltbank **schätzt**, dass die weltweiten Geldüberweisungen von Migranten an Empfänger im Herkunftsland (Rücküberweisungen) um 4,6 Prozent gestiegen sind: von 865 Milliarden US-Dollar im Jahr 2023 auf 905 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024. Wenn diese Migranten ein Land wären, würden ihre Rücküberweisungen den Gesamtwert der Auslands-Direktinvestitionen der USA, Japans und Chinas im Jahr 2024 übersteigen.

Einer von acht Menschen auf der Welt **ist** auf diese Rücküberweisungen angewiesen, um sein Einkommen und seinen Konsum aufzustocken. Die Frage der Migration ist kein vernachlässigbarer Faktor in der Weltwirtschaft, sondern eines ihrer bestimmenden Merkmale.

Für die ärmeren Nationen spielt die Migration eine wichtige, aber widersprüchliche Rolle in der Entwicklung.

Einerseits zeigten die von Jugendlichen angeführten Proteste in Marokko und Nepal im Jahr 2025, dass junge Menschen zunehmend gegen den wirtschaftlichen Zwang rebellieren, für prekäre Arbeitsplätze ins Ausland auswandern zu müssen. Sie würden lieber in ihren eigenen Ländern arbeiten, damit sie ein kulturell und sozial erfülltes Leben mit ihrer Familie und ihren Freunden führen können. Dies setzt die Regierungen im Globalen Süden unter Druck, nationale Entwicklungsstrategien zu entwickeln, die durch Maßnahmen wie Agrarreform, Industriepolitik und öffentliche Investitionen würdige Arbeitsplätze schaffen.

Andererseits bringen Rücküberweisungen in vielen Ländern mehr Devisen ein als ausländische Direktinvestitionen. Zumal die **Gesamtmenge** der Direktinvestitionen in Entwicklungsländer im Jahr 2023 um sieben Prozent auf 867 Milliarden US-Dollar zurückgegangen ist, mit deutlichen Rückgängen in Afrika und Asien. Das bedeutet, dass Länder strukturell davon abhängig werden, Arbeitskräfte zu exportieren, einfach um zu überleben.

Jede Wirtschaftsagenda im Globalen Süden muss sich mit dem Widerspruch zwischen dem Verlust von Arbeitskräften durch Migration und der Abhängigkeit von Rücküberweisungen für makroökonomische Stabilität und den Lebensunterhalt privater Haushalte auseinandersetzen.

Kurzfristig müssen die ärmeren Nationen die Überweisungsströme mit der Finanzierung der Entwicklung verknüpfen, damit ein Teil dieser Mittel nicht vollständig für die unmittelbaren täglichen Bedürfnisse der Arbeiter und der armen Haushalte, die davon abhängig sind, verbraucht wird. Dies kann durch freiwillige öffentliche Spar- und Kreditinstrumente erreicht werden, anstatt zu versuchen, die Überweisungen an Haushalte zu kontrollieren.

Langfristig sind produktive Investitionen erforderlich, um Arbeitskräfte im Inland zu beschäftigen und den wirtschaftlichen Zwang zur Auswanderung zu beenden.

Mexiko hat unter der Präsidentschaft von Andrés Manuel López Obrador im Jahr 2023 ein interessantes Experiment gestartet, um die Kosten für Rücküberweisungen zu senken und den Zugang zu öffentlichen Finanzdienstleistungen zu erweitern. Seine Regierung nutzte ein bestehendes staatliches Finanzinstrument – Financiera para el Bienestar (Finabien) –, um kostengünstigere Rücküberweisungen und finanzielle Inklusion zu fördern.

Dank der Einführung einer [Finabien](#)-Karte und einer App konnten mexikanische Migranten in den USA direkt Geld an ihre Familien überweisen und waren so weniger auf teure Überweisungsdienstleister angewiesen. Diese Maßnahme senkte die Transaktionskosten für Überweisungen und integrierte gleichzeitig mehr Empfängerhaushalte in das legale Finanzsystem.

Die Rücküberweisungen sind jedoch auch ein Schwachpunkt, da die Infrastruktur, die sie ermöglicht, weitgehend in den Händen des Globalen Nordens liegt. In den USA hat die Trump-Regierung eine Verbrauchssteuer von einem Prozent auf bestimmte Geldüberweisungen ab dem 1. Januar 2026 verhängt. Damit knüpft sie an frühere Drohungen an, Überweisungen in die Region als Mittel des politischen Drucks zu unterbinden.

Wenn ein Programm wie Finabien ausgeweitet und mit einer umfassenderen Entwicklungsstrategie in anderen Teilen der Welt verknüpft würde, könnten die Rücküberweisungen auf diese staatlich unterstützten Konten als stabiler Einlagenpool dienen, der den Empfängern das Sparen und den Zugang zu Krediten ermöglicht und gleichzeitig die Einlagenbasis und die Kreditvergabekapazität des Bankensystems stärkt.

Mit den richtigen öffentlichen Institutionen – wie Entwicklungsbanken und gezielten Kreditprogrammen – könnte ein Teil dieser erweiterten Einlagenbasis in langfristige Kredite für Infrastruktur und produktive Industrie fließen. Auf diese Weise könnten Rücküberweisungen freiwillig in produktive Investitionen fließen, anstatt vollständig für den täglichen Verbrauch aufgewendet zu werden.

Seit Jahrzehnten priorisieren die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF), die den ärmeren Ländern aufgezwungen werden, unter dem Vorwand der "makroökonomischen Stabilisierung" die Interessen der Gläubiger und Rentierkapitalisten vor produktiven Investitionen und Beschäftigung.

Zu den IWF-Auflagen gehören durchweg Sparmaßnahmen, Begrenzungen bei der Einstellung von Personal im öffentlichen Dienst, Lohnrestriktionen und Kürzungen bei staatlichen Investitionen. All das schränkt die Möglichkeiten der Regierungen ein, eine Industriepolitik zu verfolgen, öffentliche Arbeiten auszuweiten oder aktiv Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Auflagen des IWF führen zu einer "überschüssigen" Bevölkerung im Globalen Süden, die zum Überleben zur Auswanderung gezwungen ist.

Diese Vertreibung wird durch imperialistische Kriege und wirtschaftliche Waffen wie einseitige Zwangsmaßnahmen verstärkt, die die öffentlichen Einnahmen untergraben, zentrale Infrastruktur zerstören, den Zugang zu Handel und Finanzen beschränken und Familien zerreißen.

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen waren bis Ende 2024 weltweit **122 Millionen Menschen** aufgrund von Verfolgung, Konflikten, Gewalt und damit verbundenen Übergriffen gewaltsam vertrieben worden.

Entwicklungsstrategien, die keine produktiven Arbeitsplätze schaffen, exportieren lediglich Arbeitskräfte und verstärken gleichzeitig die Abhängigkeit von Rücküberweisungen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland – durch Maßnahmen, die die Produktivität steigern und die öffentlichen Kapazitäten erweitern, von Agrarreformen und öffentlichen Investitionen bis hin zu Industriepolitik und öffentlichen Dienstleistungen – ermöglicht es den Menschen, in ihren Gemeinden verwurzelt zu bleiben, stärkt die nationalen Volkswirtschaften und reduziert die Zwangsmigration. Eine Entwicklung, die keine existenzsichernden Arbeitsplätze schafft, verdrängt letztlich die Armen, anstatt sie aus der Armut zu befreien.

Migration muss daher als Konsequenz der Unterentwicklung des Globalen Südens und des ungleichen Austauschs verstanden werden und nicht nur als ein Sicherheitsproblem für den Globalen Norden.

Würdige Arbeitsplätze in den ärmeren Ländern zu schaffen, ist die grundlegende Antwort auf die erzwungene Wirtschaftsmigration. Dazu muss jedoch die Austeritätspolitik des IWF durch eine **Entwicklungsagenda** ersetzt werden, die den fiskalischen Spielraum erweitert, öffentliche Investitionen unterstützt und eine Industriepolitik ermöglicht.

Natürlich sind noch andere Dinge im Spiel. Mit einer schnell alternden Bevölkerung und niedrigen Geburtenraten, die durch eine Krise der sozialen Reproduktion angetrieben werden, ist der Globale Norden in Schlüsselbereichen von der Pflege und der Landwirtschaft bis hin zum Bausektor und zur Logistik auf Arbeitskräfte aus dem Globalen Süden angewiesen. Die Abhängigkeit erstreckt sich auch auf hochqualifizierte Arbeitskräfte im Gesundheits- und Ingenieurwesen und an Universitäten, da Lücken in der öffentlichen Ausbildung und Bildung zunehmend durch Einwanderung geschlossen werden.

Dennoch werden Migranten routinemäßig diffamiert und kriminalisiert, selbst wenn ihre Arbeit unverzichtbar geworden ist. Dieser Widerspruch ist nicht unbemerkt geblieben. Am 30. Januar stellten Massenmobilisierungen quer durch die USA die hoch militarisierte Anti-Einwanderungskampagne der Trump-Regierung in Frage, die Razzien, Inhaftierungen und Abschiebungen umfasst. Sie fanden vor dem Hintergrund des Todes Dutzender Migranten in Abschiebehaft im Jahr 2025 und der tödlichen Schüsse auf zwei US-Bürger in Minneapolis durch Bundesbeamte der Einwanderungsbehörde statt.

Die Spannungen rund um die Migration spiegeln sich auch in der internationalen Politik wider. Der **Globale Pakt** für eine sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen, der im Dezember 2018 von der Generalversammlung verabschiedet wurde, enthält **23 Ziele**. Eine genaue Lektüre der Ziele des Paktes legt drei wichtige politische Punkte nahe:

- Die Ursachen der Migration durch produktive Investitionen angehen. Dies wird in Ziel 2 angesprochen: "Die negativen Faktoren und strukturellen Ursachen, die Menschen dazu zwingen, ihr Herkunftsland zu verlassen, minimieren."
- Die Arbeitskräftemobilität an die demografischen Gegebenheiten anpassen. Dies wird in Ziel 5 angesprochen: "Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität von Wegen für reguläre Migration."

Und in Ziel 18: "Investitionen in die Entwicklung von Fähigkeiten und Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von Fähigkeiten, Qualifikationen und Kompetenzen."

- Die Kosten für Rücküberweisungen senken und die finanzielle Inklusion fördern. Dies wird in Ziel 20 angesprochen: "Schnellere, sicherere und kostengünstigere Rücküberweisungen fördern und die finanzielle Inklusion von Migranten stärken."

Der Pakt stellt auch fest, dass Rücküberweisungen private Finanzmittel sind und "nicht mit anderen Entwicklungsfinanzierungen gleichgesetzt werden können". Dies unterstreicht den Widerspruch, dass private Haushalte gezwungen sind, Lasten zu tragen, die eigentlich durch öffentliche Investitionen abgedeckt werden sollten.

Aus dem [Englischen](#) übersetzt von Olga Espín. Gekürzt und redaktionell bearbeitet.

Vijay Prashad ist ein indischer Historiker, Autor, Journalist und Mitarbeiter des *Tricontinental: Institute for Social Research*.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln